

VORWORT

„Bonn auf Hitlers Spuren" — „Nazis als Abgeordnete" — „SS-Führer als Stützen des Senats" — „Adenauer setzt Hitlers Politik fort" — täglich sind derartige Schlagzeilen in der von der SED gelenkten Presse der Sowjetzone zu lesen. Seit Jahren verzehrt sich die kommunistische Propaganda in dem Bemühen, die Bundesrepublik als einen von Grund auf faschistischen Staat zu verleumden. Natürlich geht es den Kommunisten nicht um eine sachliche Kritik an Erscheinungen, die gerade in der Bundesrepublik ernsthaft erörtert und bedauert werden, sondern einfach um politische Brunnenvergiftung, wobei die Denunzierung der Bundesrepublik beim westlichen Ausland eine besondere Rolle in der Absicht der Urheber spielt. Außenstehende können sich von der Intensität dieses Trommelfeuers an Propaganda kaum eine rechte Vorstellung machen. Tagtäglich verkünden die kommunistischen Zeitungen, daß in der Bundesrepublik und West-Berlin so gut wie alle Schlüsselpositionen von „Faschisten" besetzt seien und daß als Folge dieser Tatsache Nichtmitglieder der NSDAP kaum noch eine Chance hätten, im Staatsdienst zu arbeiten. Die Vorbereitungen der „Faschisten" in Staat und Bundeswehr für einen Revanche-Krieg gegen die Sowjetunion liefen auf vollen Touren und „ehrliehe Patrioten", die den Initiatoren solchen Unheils in den Arm fallen wollten, seien einem Terror-Regime unterworfen, das Herkunft und Methodön geradenwegs von der Himmlerschen Gestapo ableite. Um diese Behauptungen zu stützen, veröffentlicht man Listen von Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft, die angeblich Nationalsozialisten gewesen sein sollen. Illustriert werden diese Listen mit der Wiedergabe von „Originalen", die oft nur aus einem fotokopierten Nebensatz bestehen — willkürlich und zusammenhanglos aus Briefen oder Artikeln der Betreffenden entnommen. Ein „Ausschuß für Deutsche Einheit" und ein der SED gehörender „Kongreß-Verlag" fabrizieren förmlich am Fließband „Dokumentationen", die als tendenziöse Mixturen von Lügen, Halbwahrheiten und in der Bundesrepublik längst veröffentlichten und diskutierten Wahrheiten „internationalen Pressekonferenzen" überreicht werden.

Es ist weder Aufgabe noch Absicht des Untersuchungsausschusses Freiheitslicher Juristen, die Personalpolitik in der Bundesrepublik zu überprüfen oder zu verteidigen. Vielmehr interessiert die Frage, ob Pankow moralisch legitimiert ist, sich als Richter über Verhältnisse in der Bundesrepublik aufzuspielen. Jeder, der die Verhältnisse in der Sowjetzone kennt, weiß, daß die Unterdrückungsmethoden des kommunistischen Regimes um keinen Deut besser sind, als die des verflornten nationalsozialistischen Regimes. Immer wieder drängen